

„Totaleinsatz“. Zwangsarbeit in Berlin 1943 – 1945. Tschechische ZeitzeugInnen erinnern sich. Briefdokumentation der Projektgruppe „Vergessene Lager – vergessene Opfer/ ZwangsarbeiterInnen in Berlin 1939 – 1945“.

Berliner Geschichtswerkstatt e.V., Berlin 1998, 69 S.

Erst Anfang 1999 – 55 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – haben sich deutsche Großunternehmen auf Druck der Bundesregierung zur Einrichtung eines Fonds zusammengefunden, aus dessen Mitteln die noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter entschädigt werden sollen. Damit trat eine der letzten bisher vernachlässigten NS-Opfergruppen in das öffentliche Bewußtsein, die gleichwohl für die Geschichtswissenschaft bereits seit Jahren ein Thema war und ist. Seit Ulrich Herberts grundlegenden Untersuchungen zum „Fremdarbeitereinsatz“ in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft sind ungezählte Detail-, Regional-, Lokal- und Firmenstudien unterschiedlicher Qualität entstanden. Die deutschsprachigen Autoren – zumal solche, die osteuropäischer Sprachen nicht mächtig sind – beurteilen das Thema zumeist aus der Täterperspektive, d. h. auf der Grundlage der Aktenüberlieferungen der Kommunal-, Ministerial- und Gauverwaltungen sowie des Repressionsapparates (Gestapo, SS, Sicherheitspolizei). Für mentale und alltagsgeschichtliche Fragestellungen dienen diesen Historikern in den meisten Fällen Verhörprotokolle als Ersatzüberlieferung.

Dieses Defizit macht die Veröffentlichung der Geschichtswerkstatt Berlin, einer seit 1981 bestehenden Initiative zur „Erforschung der Geschichte von unten“, so verdienstvoll. 29 Tschechen und sieben Tschechinnen der Geburtsjahrgänge 1920 bis 1924 kommen darin zu Wort, die zwischen 1943 und 1945 im Rahmen des „totální nasazení“ (Totaleinsatz) aus dem „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren“ nach Berlin zur Zwangsarbeit verpflichtet wurden. Die Erfahrungsberichte wurden zusammen mit dem „Svaz nuceně nasazených“ (Verband der Zwangsarbeiter) in Prag im Korrespondenzverfahren erhoben und in deutscher Übersetzung wiedergegeben. Der methodische Einwand, eine über 50 Jahre nach den Ereignissen festgehaltene Erinnerung sei problematisch, läßt sich dadurch entkräften, daß die meisten Zeitzeugen ausdrücklich auf zeitgenössische Tagebuchaufzeichnungen, Briefe und andere Dokumente Bezug nehmen. Der weiteren Veranschaulichung der Texte dienen Fotografien und Schriftstücke der Betroffenen.

Die Zeitzeugen berichten von ihrer Zwangsverpflichtung für den „Arbeitseinsatz“ und von den Lebensbedingungen im Lager mit den damit verbundenen hygienischen Zuständen. Ein weiteres Thema ist die in der Regel eher dürftige Verpflegung. Ausführlich schreiben die ehemaligen Zwangsarbeiter über ihre Arbeit in Berlin. Sie waren beschäftigt bei Rüstungsbetrieben und Großkonzernen wie Siemens oder

AEG, bei öffentlichen Arbeitgebern wie der Deutschen Reichsbahn, aber auch bei NS-Sondereinrichtungen wie der berüchtigten „Organisation Todt“ und der „Technischen Nothilfe“. Letztere war für die Bergung der Leichen und der Verschütteten nach Bombenangriffen zuständig. Überhaupt nimmt der Bombenkrieg in den meisten Berichten einen breiten Raum ein, waren ihm doch die „Fremdarbeiter“ zumeist noch schutzloser ausgeliefert als die deutsche Zivilbevölkerung. Den tschechischen Zwangsarbeiter/innen wurde jedoch insgesamt gewahrt, daß sie gegenüber den Polen oder den sogenannten „Ostarbeitern“ gewisse Vorzüge, ja eine relative Freizügigkeit genossen. Die Kontakte zu anderen Ausländergruppen und zu den Deutschen werden ebenso angesprochen wie die Möglichkeiten der privaten oder organisierten Freizeitgestaltung. Nicht zuletzt geht es aber auch um resistentes Verhalten, gelungene und mißglückte Fluchtversuche, illegale Heimfahrten, Strafen und Sanktionen – wie Aufenthalt in den noch wenig erforschten „Arbeitserziehungslagern“ (AEL). Die Erinnerung bricht nicht 1945 ab, sondern mündet in vielen Fällen in Betrachtungen über die Nachkriegszeit, in Gedanken an die kostbaren Jugendjahre, an die verlorene Lebenszeit, die auch durch Entschädigungsleistungen nicht ersetzt werden kann.

Das Berliner Beispiel sollte unbedingt Schule machen. Die Zahl derer, die sich aus eigenem Erleben noch an ihre Zeit als Zwangsarbeiter/in erinnern können, geht von Jahr zu Jahr zurück. Solche Berichte sind nicht nur ergreifende Zeitzeugnisse, sondern können im weiteren auch der Geschichtswissenschaft als Quellen für die Untersuchung sozial-, alltags- und mentalitätsgeschichtlicher Fragestellungen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg dienen. Somit können sich „Geschichte von unten“ und „offizielle“ Historie letztlich doch gut ergänzen.